

Minderheiten. Davon sollen zur Zeit 13,21 Millionen irgendeine Art von Schule besuchen. Fast neunzig Nationalitätenkreise hätten die Grundschulbildung eingeführt (womit freilich nicht gesagt ist, daß die allgemeine Schulpflicht bereits besteht). Dem Staat, so heißt es, sei sehr an dem Ausbau der Grundschulbildung in den Minderheiten-gebieten gelegen, und er stelle deshalb jährlich 100 Mio.Yuan als Zuschuß zur Verfügung. Um die Schulverhältnisse der Minderheiten speziell in den Berg- und Weidegebieten zu verbessern, hätten 14 Provinzen und Gebiete über 5.000 Internate gebaut, die von einer Million Mittel- und Grundschulern der Minderheiten besucht würden. Auch die Hochschulsituation habe sich in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Zehn der Erziehungskommission unterstehende Schwerpunkthochschulen und zahlreiche Hochschulen auf Provinzebene hätten Kurse für Studenten nationaler Minderheiten eingerichtet. Außerdem gebe es inzwischen zehn Hochschulinstitutionen für nationale Minderheiten mit über 21.000 Studenten. In ganz China absolvierten zur Zeit 99.000 Minderheitenstudenten ein Grundstudium, gut 1.900 Studenten ein Postgraduiertenstudium. Darüber hinaus würden über 5.000 Lehrer nationaler Minderheiten auf Hochschul-ebene ausgebildet. Schließlich seien auch Bemühungen im Gange, Lehrmaterial in Minderheitensprachen zu erstellen. In zehn Provinzen und Gebieten beständen bereits Organe zur Herausgabe und Übersetzung entsprechender Lehrbücher. Bisher sollen 1.400 Titel erschienen sein, ausgenommen Lehrbücher des Hochschulsektors (GMRB, 10.10.87).

In der staatlichen Minderheitenpolitik dürfte das Erziehungswesen zu den empfindlichsten Gebieten zählen, dessen Handhabung großes Einfühlungsvermögen von seiten der Chinesen erfordert. Offiziell wird die Bewahrung der verschiedenen Sprachen und kulturellen Traditionen garantiert, zugleich aber kann es nicht ausbleiben, daß die Schüler aus Gebieten nationaler Minderheiten in die chinesische Umwelt integriert werden, sobald sie chinesische Schulen besuchen. Die von chinesischen Schulen geleistete Ausbildungshilfe hat daher aus der Sicht der Nationalitäten nicht nur positive Bedeutung. Sie soll zwar dazu beitragen, den Bildungsrückstand in den Minderheitengebieten schneller zu überwin-

den, führt aber unweigerlich auch dazu, gerade die begabten jungen Angehörigen nationaler Minderheiten, die vornehmlich an chinesische Schulen entsandt werden, ihrer kulturellen Umgebung zu entfremden. -st-

* (15)

Erziehungfernsehen erhält eigenen Sender

Zum weiteren Ausbau des Erziehungsfernsehens über Satellit hat die Staatliche Erziehungskommission einen eigenen Fernsehsender, den "Chinesischen Erziehungsfernsehsender", errichtet. Das chinesische Erziehungsfernsehen hat im vergangenen Jahr über 7.000 Stunden Erziehungsprogramme ausgestrahlt. An den Programmen der Fernsehuniversität nahmen über 500.000 Personen teil, die pädagogischen Fernsehseminare zählten 280.000 Teilnehmer. Hinzu kamen zahlreiche Teilnehmer an Kursen für sieben Fachgebiete auf der Ebene der pädagogischen Hochschulen. Zusätzlich sehen fast 1 Million Selbststudierender die Programme der Fernsehuniversität sowie pädagogische und Fortbildungskurse. Nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der Erziehungskommission He Dongchang soll das Erziehungsfernsehen hauptsächlich der Lehreraus- und -fortbildung dienen, daneben werden aber auch Vorbereitungen getroffen, insbesondere im ländlichen Bereich beruflich-technische Ausbildung zu vermitteln (GMRB, 8.10.87).

Das Erziehungsfernsehen ist eine China gemäße Form, breite Schichten der Bevölkerung verschiedene Bildungsgänge durchlaufen zu lassen, und zwar trotz der fehlenden pädagogischen Infrastruktur (Lehrer, Schulen usw.). Deshalb ist dieser Bildungsbereich in den letzten Jahren vorrangig ausgebaut worden. Insbesondere ist das Netz der Empfangsstationen stark erweitert worden. So haben z.B. die Provinzen Yunnan und Shandong je gut 100 und Hebei gut 50 Satellitenbodenstationen gebaut. Shanghai hat drei Kanäle für Erziehungsfernsehen eingerichtet. Auch viele örtliche Erziehungsbehörden, so Shanxi, Henan, Anhui und andere Provinzen, haben Erziehungsfernsehsender errichtet. Ferner wurde bekannt, daß die Staatliche Erziehungskommission demnächst in Tibet Erziehungsprogramme über das Fernsehen in tibetischer Sprache

ausstrahlen wird. Nach einer Probezeit wird dann in Lhasa ein eigener tibetischer Erziehungsfernsehsender errichtet (RMRB, 8.10.87; XNA, 9.10.87). -st-

Außenwirtschaft

* (16)

Neue Kredite und Anleihen für die Volksrepublik

China begab erstmals eine öffentliche Anleihe im Ausland. Sie hat ein Volumen von 300 Mio.DM, eine Laufzeit von fünf Jahren, einen Ausgabekurs von 100% und einen Zinssatz von 6%. Dies teilte die Dresdner Bank AG als federführendes Institut mit. Die Anleihe stand nach Angaben des Kreditinstituts ab 19. Oktober 1987 zum Verkauf. Das Konsortium der 300 Mio.DM-Anleihe umfaßt neben der Dresdner Bank drei sogenannte Senior Co-Manager und 20 Co-Manager aus verschiedenen Ländern.

Nach Angaben der Dresdner Bank seien größere Beträge bereits in der institutionellen Kundschaft und bei privaten Anlegern plaziert worden. Bereits am 16.10.1987 wurde die Anleihe im Markt jedoch zum Kurs von 97,5% gehandelt, also um 2,5 Punkte unter dem offiziellen Ausgabepreis.

Bisher haben nur Banken und Finanzierungsgesellschaften der Volksrepublik internationale Anleihen begeben. Nun ging zum ersten Mal die Volksrepublik selbst, vertreten durch das Finanzministerium, an die internationalen Kapitalmärkte. Der Erlös der Anleihe dient nach Angaben der Dresdner Bank der Modernisierung und weiteren Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft.

Die Volksrepublik China erhielt von Japan einen Kredit über 100 Mrd.Yen zur Verbesserung der chinesischen Exporte. Der neue Kredit werde zum 15jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern eingeräumt und steigere die Ausleihungen Japans an China seit 1979 auf insgesamt 901 Mrd.Yen, teilte ein Vertreter der japanischen Botschaft in Beijing mit.

Auf dem amerikanischen Kapitalmarkt konnte die Bank of China einen Konsortialkredit in Höhe von 200 Mio.US\$ plazieren. Ursprünglich sollte die fünfjährige Anleihe nur auf 150 Mio.US\$ lauten, sie wurde jedoch wegen der sich abzeichnenden Nachfrage auf 200 Mio.US\$ erhöht. Konsortialführer ist die IBJ Schroder Bank + Trust Co., die New Yorker Filiale der Industrial Bank of Japan. Die Bank of China wird die Anleihe in einer Summe nach fünf Jahren zurückzahlen. (NZZ, 1. u. 16.10.87; HB, 19.10.87; AWSJ, 8.10.87) -lou-

*(17)

Yen-Lastigkeit der chinesischen Außenverschuldung

Nach dem Beginn der Modernisierung bestand der ausländische Kapitalstrom in die Volksrepublik mehrheitlich aus ausländischen Direktinvestitionen. Erst nach 1980 kamen zunehmend Kredite hinzu. Nach den Aufzeichnungen eines Hongkonger Börsenmaklers hielten sich 1983 Kredite und Direktinvestitionen mit einem Zufluß von je knapp 1 Mrd.US\$ noch die Waage. 1986 dagegen strömten mit 4,83 Mrd.US\$ bereits doppelt so viele ausländische Kredite wie ausländische Direktinvestitionen (2,15 Mrd.US\$) nach China.

Die Höhe der chinesischen Auslandsschulden wird in in- und ausländischen Publikationen meistens sehr unterschiedlich dargestellt und beurteilt. Für Ende Juli 1987 gibt die chinesische Zeitschrift *Zhongguo Jinrong* die Außenverschuldung mit 8,304 Mrd.US\$ an. Dem hätten, so die Zeitschrift, 12,578 Mrd.US\$ Devisenreserven gegenübergestanden.

Während offizielle chinesische Organe die gesamten Verpflichtungen gegenüber dem Ausland auf rd. 16 Mrd.US\$ veranschlagen, schätzen westliche Beobachter Chinas Auslandsschuld auf rd. 25 Mrd.US\$. Davon entfallen rd. 4,7 Mrd.US\$ auf langfristige, günstige Darlehen der Weltbank und deren Tochterinstitute.

Laut Angaben der *China Daily* begab die Volksrepublik zwischen Januar 1982 und April 1987 insgesamt 25 verschiedene Anleihen im Gesamtwert von knapp 2,8 Mrd.US\$. 17 Bonds oder rd. zwei Drittel aller Anleihen wurden in Japan aufgelegt, womit Japan zu Chinas wichtigstem Finanzmarkt

wurde. Auch fast 75% des gesamten chinesischen Anleihevolumens wurden in Japan und in Yen aufgenommen. Nur fünf chinesische Anleihen lauten auf US-Dollar, zwei auf DM, und eine einzige ist in Hongkong denominated.

Die ausgeprägte Yen-Lastigkeit der chinesischen Auslandsschuld erklärt sich zum Teil einfach aus den optisch tiefen Zinsen am japanischen Kapitalmarkt, welche offenbar eine starke Anziehungskraft auf Chinas Finanzmanager ausübten.

Doch die Mitte der achtziger Jahre einsetzende massive Aufwertung der japanischen Währung und der parallel dazu erfolgende Wertverlust des US-Dollars bescherten der Volksrepublik eine markante Erhöhung der Schuldenlast. Die Volksrepublik wurde doppelt getroffen: Erstens durch die aus der Yen-Aufwertung resultierende Verteuerung der Auslandsschuld und zweitens durch den Wertverlust der fast ausschließlich in US\$ gehaltenen Währungsreserven. In Anbetracht der Tatsache, daß rd. 70% aller chinesischen Fremdwährungstransaktionen in US\$ erfolgen, appelliert ein chinesischer Autor in der *China Daily* an die chinesischen Verantwortlichen, die Yen-Lastigkeit der Auslandsschuld zu korrigieren und künftig von Tokyo weg vermehrt auf andere Finanzplätze - insbesondere London - auszuweichen. (NZZ, 2.10.87; *Zhongguo Jinrong*, Nr.9, 1987, S.35) -lou-

*(18)

Werbung um ausländische Investitionen

China werde sich weiterhin um mehr ausländische Investitionen bemühen und diese dahin lenken, wo sie am meisten gebraucht werden, um wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Dies erklärte auf einem Seminar zur Förderung von Investitionen Sheng Jueren, stellvertretender Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel. Insgesamt seien in den vergangenen acht Jahren ausländische Investitionen im Werte von über 21,7 Mrd.US\$ vereinbart worden. Wenig mehr als ein Drittel oder 7,7 Mrd.US\$ seien geliefert worden.

Sheng teilte weiterhin mit, in den vergangenen acht Jahren bis Ende September 1987 habe China 8.984 Projekte direkter ausländischer In-

vestitionen gebilligt. Darunter seien 3.988 Gemeinschaftsunternehmen, 4.971 Unternehmen mit kooperativem Management, 174 Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapital und 41 gemeinsame Ölforschungs- und Entwicklungsprojekte in Küstennähe. Von diesen Projekten seien 4.000 in Gang gesetzt worden, 1.400 von ihnen hätten eine günstige Devisenbilanz.

Wie Sheng weiter ausführte, beabsichtige die Volksrepublik, in der Periode des 7.Fünfjahresplans (1986-1990) insgesamt 40 Mrd.US\$ ausländisches Kapital zu verwerten. Bei der Aufnahme ausländischer Investitionen halte sich die Volksrepublik an folgende Richtlinien:

1. Ausländisches Kapital wird dorthin gelenkt, wo es für Chinas Industriepolitik am günstigsten ist. Ausländische Unternehmen werden ermutigt, exportorientierte, importsubstituierende und technologisch fortschrittliche Unternehmen zu errichten.
2. Die legitimen Rechte und Interessen ausländischer Investoren werden geschützt.
3. Chinas niedrige Steuern, geringe Kosten und insbesondere die niedrigen Arbeitskosten werden genutzt, um ein wettbewerbsfähiges Umfeld für Investitionen zu schaffen.

Laut Sheng werde die Volksrepublik administrative Bestimmungen verfügen, um Käufe von Erzeugnissen von Gemeinschaftsunternehmen ganz oder teilweise mit den benötigten Devisen zu ermutigen, wenn sich jene Erzeugnisse in Qualität, im Preis, in der Lieferung und im Nachverkaufservice mit direkten Einfuhren als wettbewerbsfähig erweisen. Diesbezügliche Bestimmungen sollen in Kürze bekanntgemacht werden. Die chinesische Regierung werde ferner dazu beitragen, Inlandsverkäufe von Erzeugnissen von Unternehmen, die die von China benötigte moderne Technologie liefern, zu erleichtern. Man werde ferner eine Vorzugsbehandlung bei Steuern und Devisengeschäften gewähren. (XNA, 26.10.87) -lou-

*(19)

Deutsch-chinesische Kooperationsprojekte

Messerschmitt-Bölkow-Blohm und das chinesische Unternehmen CATIC haben ein allgemeines Abkommen über die gemeinsame

Entwicklung und Produktion eines für 75 Passagiere ausgelegten Regionalflugzeuges (MPC 75) unterzeichnet.

An der Vertragsunterzeichnung, mit der die etwa 100 Mio. US\$ teure Vorentwicklungsphase beginnen kann, nahmen ranghohe chinesische Regierungsvertreter und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß teil, der sich mit einer Wirtschaftsdelegation in Beijing aufhielt.

Auf der 2. Luftfahrtausstellung im Beijinger Messezentrum war ein Modell des MPC 75 zu sehen. Die Unterzeichnung des allgemeinen Abkommens über den deutsch-chinesischen "Commuter" hatte sich vor allem aufgrund der Devisenknappheit der Volksrepublik verzögert. Erste Gespräche hatten bereits vor drei Jahren begonnen.

Auf der Luftfahrtausstellung im Juni 1986 hatte der MBB-Chef Vogels Einzelheiten der Zusammenarbeit und Informationen über das mit zwei hochmodernen Triebwerken bestückten Flugzeuges mitgeteilt. Ein Mitglied der MBB-Geschäftsführung bezifferte die Entwicklungskosten für das Flugzeug auf 1,1 bis 1,2 Mrd. US\$. Das Flugzeug hat nach Einschätzung von MBB nicht nur gute Marktchancen, sondern könne auch dazu beitragen, insbesondere die norddeutschen Fertigungsstätten von der Airbus-Produktion unabhängiger zu machen und eine kontinuierliche Auslastung zu gewährleisten. Die Aufnahme der Produktion wird für 1992 angestrebt.

Der Nutzen für die chinesische Seite dürfte vor allem in dem Know-how-Transfer liegen. Das Joint Venture ist offen vor allem für japanische oder amerikanische Kooperationspartner. Die Unternehmensgruppe Transport und Verkehrsflugzeuge von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und CATIC (China National Aero-Technology Import and Export Corp.) haben in dem Vertrag vereinbart, zum 1. Januar 1988 eine gemeinsame Gesellschaft mit Sitz in Hamburg zu gründen und zugleich mit dem Projekt dieses Flugzeugs für die 90er Jahre in die Vorentwicklungsphase einzutreten. Die Gesellschaft wird als "Multi Purpose Commuter-Aircraft GmbH" firmieren, mit einem Grundkapital von 2,4 Mio. DM ausgestattet sein und zunächst zu je 50% von den deutschen und chinesischen Anteilseignern getragen werden.

Das Projekt ist bislang nur in minimalem Umfang von der Bundesrepublik staatlich gefördert worden. Über eine höhere Förderung wurde bislang nicht entschieden.

In Beijing gab die chinesische Staatsführung auch ihre Zustimmung zu dem geplanten Wartungszentrum der Lufthansa und der chinesischen Fluggesellschaft CAAC. Damit kann der Vertrag über dieses technische Joint Venture ausgearbeitet werden. Mit dem Abschluß des Vertragswerkes rechnet die Lufthansa für Sommer 1988.

Das geplante Gemeinschaftsunternehmen am Flughafen Beijing soll westliches Fluggerät in der Flotte der CAAC-Region Beijing warten und überholen. Zur Flotte der CAAC zählen insgesamt 60 Verkehrsflugzeuge westlicher Bauart. Bereits heute hat die Lufthansa zur Wartung 18 Ingenieure und 2 Kaufleute sowie einen General Manager in Beijing stationiert. In der Anlaufphase des Joint Ventures rechnet die Lufthansa damit, bis zu 80 Mitarbeiter abzustellen. Diese Zahl dürfte sich im Laufe der Jahre wieder verringern.

Die Vertragsverhandlungen dürften sich wegen des in der Volksrepublik vorgeschriebenen komplizierten Genehmigungsverfahrens bis in das kommende Jahr erstrecken. Das Investitionsvolumen für die ersten fünf Jahre des Joint Ventures wird auf rd. 400 Mio. DM geschätzt. Die Lufthansa wird sich am Grundkapital beteiligen, die CAAC wird Anlagen und Einrichtungen einbringen, die Finanzmittel werden auf dem chinesischen und internationalen Kapitalmarkt beschafft. Ein Schulungszentrum zur Berufsausbildung soll dafür sorgen, daß das benötigte Fachpersonal für das technische Zentrum zur Verfügung steht.

Die Rhein-Main-Donau AG arbeitet, wie das Mitglied des Vorstandes mitteilte, an einer Vorstudie über die Regulierung des 1.500 km-langen Han-Flusses. Der Han durchquert die Provinzen Shanxi und Hubei. In der Provinz Shanxi gibt es reichhaltige Kohlevorkommen, die für die Energieerzeugung der Volksrepublik hohe Priorität haben. Der schlechte Zustand des Eisenbahnnetzes erlaubt es nicht, die vorhandenen Kohlevorkommen wirtschaftlich sinnvoll auszuwerten. Deshalb muß entweder eine neue Eisenbahnlinie in der

Provinz gebaut oder der Han-Fluß für Binnenschiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 1.000 t schiffbar gemacht werden.

Der der Rhein-Main-Donau AG erteilte Consulting-Auftrag im Volumen von 1,2 Mio. DM umfaßt neben der Prüfung der Schiffbarmachung dieser Wasserstraße für Binnenschiffe mit der Tragfähigkeit von 1.000 t die Möglichkeit der Stromerzeugung an den geplanten neuen Staustufen sowie den Schutz vor regelmäßig wiederkehrenden Hochwassern und die Nutzung des Flusses zur Bewässerung. An der Vorstudie arbeiten außer chinesischen Experten 12 deutsche Ingenieure. Das Gutachten soll im August 1988 übergeben werden.

Die Rhein-Main-Donau AG hofft, daß sich aus der Vorstudie ein Anschlußauftrag für die Erstellung von zwei Studien über den Bau von zwei Wasserkraftwerken ergibt und ihr in zwei bis drei Jahren der Gesamtauftrag über die Planung der Wasserstraße, von Staustufen mit Wasserkraftwerken und des Hochwasserschutzes erteilt sowie die spätere Bauleitung übertragen wird. Zur Finanzierung des Projektes werde man unbedingt die Weltbank brauchen, so erklärte Dr. Konrad Weckerle, Mitglied des Vorstandes der Rhein-Main-Donau AG. Die Weltbank habe sich grundsätzlich bereit erklärt, der Volksrepublik beim Aufbau ihres Wasserstraßennetzes behilflich zu sein.

Das von der Rhein-Main-Donau AG angestrebte Anschlußgutachten hätte ein Auftragsvolumen von etwa 10 Mio. DM. Die Zukunftsstufe des Projektes würde die Größenordnung von 100 Mio. DM erreichen. (HB, 16./17. und 20.10.87) -lou-

*(20)

Bedeutende chinesisch-italienische Geschäftsabschlüsse

Die zu der italienischen Staatsholding IRI (Istituto per la ricostruzione industriale) gehörende Anlagenbau-gesellschaft Italmipianti hat den Auftrag zur Errichtung eines Röhrenwerkes in Tianjin, südöstlich von Beijing, hereingeholt. Der Auftragswert wird mit ca. 300 Mrd. Lire (= ca. 415 Mio. DM) angegeben. Wie seitens der Italmipianti aus Genua verlautet, sind in den kürzlich unterzeichneten Absichtsabkommen noch keinerlei Details über Zahlungsbedingungen

usw. enthalten. Der Auftrag sieht die Errichtung eines Röhrenwerkes mit einer Jahreskapazität von 500.000 t vor. Die Produktion soll sich auf Endlosröhren mit kleinem Durchmesser, die vor allem für Erdölbohrungen dienen, beschränken.

Die regierungsunmittelbare Stadt Tianjin beabsichtige in naher Zukunft, Joint Ventures mit ausländischen Partnern im Werte von insgesamt 1 Mrd. US\$ zu gründen, erklärte eine Kommission aus Tianjin, die sich kürzlich zu einem offiziellen Besuch in der norditalienischen Region Lombardei aufhielt. Die chinesische Delegation interessierte sich insbesondere für Projekte wie die Gründung eines Werkes für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, für Autofilter, für Farben der Gerbereiindustrie sowie für elektronische Waagen. Die Lombardei wird im Frühjahr 1988 in Tianjin eine Ausstellung "Lombardia produce" organisieren. Vorgesehen ist u.a. auch die Schulung chinesischer Techniker an lombardischen Werkzeugmaschinen.

Die Montedison S.p.A. erklärte in Milano, daß ihre Ingenieureinheit Tecnimont S.p.A. einen Auftrag in Höhe von 40 Mio. US\$ zum Bau eines Polypropylenwerkes in der Volksrepublik erhalten habe. Der Vertrag umfasse die Lieferung der technischen Ausrüstung sowie die technische Unterstützung für die Fabrik in Fushun (Nordchina).

Pirelli, die italienische Reifen- und Kabelgruppe, unterzeichnete einen Vertrag mit der Volksrepublik China in Höhe von 13 Mio. US\$ zum Bau einer Reifenfabrik. Der mit der China National Chemical Construction Co. abgeschlossene Vertrag sieht vor, daß Pirelli Know-how, Ausrüstungen und technische Hilfe für die Installation und für die Einrichtung der Fabrik zur Verfügung stellt. Die italienische Gesellschaft wird auch dabei mithelfen, chinesische Techniker in Beijing auszubilden. (NfA, 7.10.87; FT, 23.10.87; AWSJ, 9./10.10.87) -lou-

*** (21)
Japanisch-chinesische Zusammenarbeit zur Sicherung der Supraleiter-Produktion**

Im Rahmen des Bevorratungsprogramms zur Sicherung der Supraleiter-Produktion komme, nach Aussagen des zuständigen Beratungsausschusses des japanischen

Wirtschaftsministeriums (MITI), künftig der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China bei der Erschließung von Vorkommen von seltenen Erden wegen der großen Bedeutung für die Supraleiter-Projekte vorrangige Bedeutung zu. Das hierzu Mitte dieses Jahres gestartete japanisch-chinesische Kooperationsprojekt zur Erschließung von Vorkommen von Nickel, Kobalt und seltenen Erden ist auf insgesamt fünf Jahre angelegt. Daneben ist die Erschließung von Niob-, Tantal-, Titan- und Vanadiumvorkommen geplant.

Japan beteiligt sich mit umgerechnet rd. 35 Mio. DM an diesem Projekt. Die gegenwärtige Terminplanung sieht vor, 1989 gemeinsam die erforderlichen Förderungsanlagen aufzubauen und nach einer Testphase 1991 den Abbau und Verkauf der Rohstoffvorkommen aufzunehmen. (HB, 21.9.87) -lou-

*** (22)
Fehlerhafte Bauausführung beim Atomkraftwerk Daya-Bucht**

Bereits am 14. September 1987 entdeckten das HCCM Nuclear Power Construction Joint Venture Co. und die Guangdong Nuclear Power Joint Venture Co. (GNPJVC) gemeinsam einen Fehler bei der Bauausführung am Atomkraftwerk Daya-Bucht, das sich 28 Meilen nordöstlich von Hongkong befindet. Daraufhin wurden die Arbeiten sofort eingestellt.

Anstatt in der ersten Schicht des Betonfundamentes die Stahlstützträger in Abständen von 180 mm zu plazieren, wurden sie in Abständen von 400 mm verlegt. Auf diese Weise wurden nur 316 der insgesamt vorgesehenen 576 Stahlstützträger verlegt. Architekten und Ingenieure erklärten, Irrtümer bei der exakten Anzahl von Stützträgern in komplexen Bauprojekten seien nicht unüblich, sie zeigten sich jedoch verwundert darüber, daß dieser Irrtum nicht vor dem Gießen des Betons entdeckt worden sei.

Das Nuklearkraftwerk Daya-Bucht wird von einem Joint Venture errichtet, das zu 75% der GNPJVC und zu 25% der Hong Kong Nuclear Investment Corp. (HKNIC) gehört. Das Kraftwerk, das mehr als 3,46 Mrd. US\$ kosten wird, soll 1992 ans Netz gehen. Ca. 70% des dann produzierten Stroms sollen nach Hongkong verkauft werden.

Am 16. September 1987 hatte der Planungs- und Projektmanager von GNPJVC, Peter Littlewood, eine Delegation des Legislativrates von Hongkong zur Baustelle begleitet. Bei seiner Rückkehr nach Hongkong erklärte ein Mitglied dieser Delegation, die Arbeiten gingen voran. Nachdem ihm der Fehler erst am 9. Oktober 1987 mitgeteilt worden sei, erklärte das Mitglied der Delegation, es sei unverständlich, warum die GNPJVC so lange gebraucht habe, um Hongkong zu informieren.

Der Fehler zog die Aussage der GNPJVC im Juni 1986 in Zweifel, daß das Projekt unter verschiedenen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen gebaut werde, die ein höheres Überwachungsniveau darstellten als bei französischen Projekten. Der technische Manager der Electricité de France, die den Projektentwurf zu vertreten hat, erklärte, ähnliche Irrtümer seien auch beim Bau französischer Nuklearkraftwerke aufgetreten. Zang Mingchang, der Stellvertretende Direktor des Amtes für Nuklearkraftwerke im Ministerium für die Nuklearindustrie, erklärte, daß der Plan zur Bewältigung des Problems im Nuklearkraftwerk Daya-Bucht nicht an das Ministerium zur Prüfung und Genehmigung übermittelt werden müsse, weil die Art des Problems so gestaltet sei, daß es auch durch die zuständige Hauptabteilung gelöst werden könne. Zang erklärte weiter, daß die GNPJVC nicht für den Fehler verantwortlich gemacht werden könne. Entsprechend den Sicherheitsregelungen sei derjenige, der die Arbeit ausführe, verantwortlich. (FEER, 29.10.87, S.35; Zhongguo Xinwen She, Hongkong, 12.10.87, zit. nach SWB, 17.10.87) -lou-

Wirtschaft

*** (23)
Entwicklung der ländlichen Wirtschaft seit 1978**

In der *Jingji Cankao* vom 10. September 1987 werden Auszüge des Statistischen Berichts Nr. 25 des Zentralen Statistikamtes über die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft abgedruckt. Es folgt eine Wiedergabe der wichtigsten Teile dieses Berichts: